Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Hotellerie- und Gastronomieverband e.V. (DEHOGA Bundesverband)

Stand vom 11.11.2026 13:39:21 bis 12.11.2026 08:11:01

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001044
Ersteintrag:	23.02.2022
Letzte Änderung:	11.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	21.05.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Am Weidendamm 1A 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49307262520 E-Mail-Adressen: info@dehoga.de Webseiten: www.dehoga.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
970.001 bis 980.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
4,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Guido Zöllick**
   Funktion: Präsident
2. **Angela Inselkammer**
   Funktion: Stv. Präsidentin
3. **Otto Lindner**
   Funktion: Stv. Präsident
4. **Roland Koch**
   Funktion: Stv. Präsident
5. **Gereon Haumann**
   Funktion: Schatzmeister

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. **Jürgen Benad**
2. **Dr. Uta Stenzel**
3. **Jana Schimke**
   Tätigkeit bis 03/25:
   Mitglied des Deutschen Bundestages
4. **Matthias Meier**
5. **Friedrich Timm**
   Tätigkeit bis 03/26:
   Mitarbeiter
   für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
6. **Lina-Marie Gasch**
7. **Stefanie Heckel**
8. **Nathalie Lohrmann**
9. **Guido Zöllick**

Gesamtzahl der Mitglieder:
25 Mitglieder am 21.05.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (6):
1. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA)
2. Lebensmittelverband Deutschland e.V.

3. Hotelverband Deutschland (IHA) e.V.
4. Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e.V. (BTW)
5. Bundesvereinigung der Musikveranstalter e.V. (BVMV)
6. HOTREC Hospitality Europe

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (25):
Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Berufliche Bildung; Parlamentarisches Verfahren; Allgemeine Energiepolitik; EU-Gesetzgebung; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Urheberrecht; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Tourismus; Klimaschutz; Verkehrspolitik; Bank- und Finanzwesen; Handel und Dienstleistungen; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Mittelstandspolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Der DEHOGA ist die Interessenvertretung der Gastronomie und Hotellerie in Deutschland. Im DEHOGA Bundesverband sind 17 Landesverbände, zwei Fachverbände - der Hotelverband Deutschland (IHA), die UNIPAS (Union der Pächter von Autobahn-Service-Betrieben) - sowie die vier Fachabteilungen Systemgastronomie, Gemeinschaftsgastronomie, Catering und Discotheken zusammengeschlossen.

Aufgabe des DEHOGA ist es, auf nationaler und internationaler Ebene die Interessen der Hotellerie und Gastronomie gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit wahrzunehmen. Der DEHOGA setzt sich für die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen und eine gute Wirtschaftspolitik ein, deren Ziel der unternehmerische Erfolg ist.

Dazu zählen insbesondere gewerberechtliche, steuerliche, arbeitsmarkt-, sozial- und tarifpolitische Belange sowie Umwelt- und Verbraucherschutz und die Förderung der Aus- und Weiterbildung. Zum Zwecke dieser Interessenvertretung nimmt der DEHOGA Kontakt zu den verantwortlichen Bundesministerien, zu den Mitgliedern und Gremien des Deutschen Bundestages auf und steht diesen für Auskünfte zur Verfügung. Es werden Gespräche mit den zuständigen Vertretern der Bundesregierung, der Ministerien und den Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt.

Darüber hinaus führt der DEHOGA Veranstaltungen wie den Branchentag oder das parlamentarische Frühstück durch, zu denen auch Vertreter der Bundesregierung und Mitglieder des Deutschen Bundestages eingeladen werden.

Konkrete Regelungsvorhaben (24)

1. **Reduzierung der Bürokratielasten vor dem Hintergrund des Bürokratieentlastungsgesetzes IV**

   Beschreibung:
   Der DEHOGA spricht sich für einen konsequenten Bürokratieabbau aus. Dazu bedarf es weiterer Anpassungen und Änderungen des Vierten Bürokratieentlastungsgesetzes (BEG IV).

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)
   Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

   Stellungnahmen/Gutachten (2):

   1. **SG2406130022** (PDF - 12 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 31.05.2024 an:

      Bundestag
      Gremien [alle SG dorthin]

   2. **SG2406180047** (PDF - 2 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 25.03.2024 an:

      Bundestag
      Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
      Gremien [alle SG dorthin]

2. **Änderung des TierschutzG, Neuer Sachkundenachweis Kopffüßer und Zehenfußkrebse**

   Beschreibung:
   Für die Gastronomie geht es um die Frage, ob zukünftig Köche und andere Küchenmitarbeitende, die zum Beispiel Hummer, Krabben oder Flusskrebse zubereiten, einen zusätzlichen Sachkundenachweis für die Betäubung und Tötung der Tiere benötigen. Einen solchen zusätzlichen Sachkundenachweis im Bereich der Gastronomie von Mitarbeitenden in der Küche zu fordern, bedeutet unnötige Bürokratie, Prüfungsaufwand und Kosten. Ein solcher weiterer Nachweis ist weder erforderlich noch geboten.
   Die tierschutzkonforme Tötung von Krebstieren wird bereits in § 12 Absatz 11 Tierschutz-Schlachtverordnung geregelt. Daran sind auch alle in der Gastronomie arbeitenden Personen gebunden.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 256/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetzes
Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
TierSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406130062** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **Ausweitung der Handwerkerausnahme auf Caterer/Gastronomie (Befreiung von der Mautpflicht)**

Beschreibung:
Ab dem 1. Juli 2024 müssen alle Fahrzeuge mit einer technisch zulässigen Gesamtmasse von mehr als 3,5 Tonnen für die Benutzung von Bundesfernstraßen Maut entrichten. Von der Mautpflicht ausgenommen werden sollen Fahrten von Handwerkern oder Personen mit handwerksähnlichen Berufen mit Fahrzeugen einer technisch zulässigen Gesamtmasse von weniger als 7,5 Tonnen. Fraglich ist, inwiefern Caterer/Gastronomen auch unter den Anwendungsbereich der Handwerkerausnahme fallen können.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 270/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften
Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BFStrMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406130067** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

4. **Werberegulierung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt**

Beschreibung:
Die Bundesregierung plant Einschränkungen von an Kinder gerichteter Werbung und hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt (Kinder-Lebensmittel-Werbegesetz (KLWG-E)). Diese Regelungen müssen jedoch verhältnismäßig sein.

Interessenbereiche:
Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

5. **Ernährungsstrategie der Bundesregierung "Gutes Essen für Deutschland"**

Beschreibung:
Der DEHOGA vertritt die Interessen der gastronomischen Betriebe und bringt sich im Sinne der Branche in die politische Debatte ein. Eine Ernährungsstrategie kann nur gelingen, wenn die Ziele für alle Akteure nachvollziehbar, verhältnismäßig und umsetzbar sind.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/10001 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Ernährungsstrategie der Bundesregierung - Gutes Essen für Deutschland
Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

6. **Geplantes Verbot von Nagetier-Gift**

Beschreibung:
Die Genehmigung für Giftköder in Deutschland läuft Mitte des Jahres aus. Die Verlängerung der Genehmigung ist dringend geboten, da sogenannte Schlagfallen als einzige Alternative ungeeignet sind, um die Bekämpfung von Schädlingen zu leisten. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406130077** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

   Versendet am 22.03.2024 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. **Reduzierung von Lebensmittelabfällen in der Außer-Haus-Verpflegung**

   Beschreibung:
   Die Reduzierung von Lebensmittelabfällen geht alle an. Politik, Wirtschaft und Verbraucher sind gleichermaßen gefordert. Unnötige Lebensmittelabfälle gilt es zu vermeiden!

   Interessenbereiche:
   Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

8. **Flexibilisierung der Arbeitszeit**

   Beschreibung:
   Umstellung von der täglichen Höchstarbeitszeit in § 3 ArbZG auf eine Wochenarbeitszeit wie in der EU-Arbeitszeitrichtlinie vorgesehen.

   Betroffenes geltendes Recht:
   ArbZG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

9. **Verbesserung der Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung**

   Beschreibung:
   Ausweitung der Möglichkeiten für Arbeitskräfte aus Drittstaaten, auch ohne Anerkennung ihres Berufsabschlusses in Deutschland zu arbeiten; Beschleunigung und

Entbürokratisierung der Visaverfahren und Verfahren bei den Ausländerbehörden, Verbesserung der Informations- und Beratungsstruktur, Unterstützung bei der Arbeitskräftegewinnung im Ausland

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/6500 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung
1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; BeschV 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

10. **Beibehaltung der Vorteile des deutschen Insolvenzrechts i.R.d. EU-Regulierung zur Kapitalmarktunion**

Beschreibung:
Die Vorteile des deutschen Insolvenzrechts für die Kreditfinanzierung mittelständischer Handelsunternehmen sind sicherzustellen. In diesem Zusammenhang muss der Schutz von Kreditsicherheiten auch im Insolvenzfall gewährleistet werden, um die Kreditvergabe nicht unverhältnismäßig zu erschweren oder zu verteuern.

Betroffenes geltendes Recht:
InsO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2407100011** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.07.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

11. **BFH-Urteil in Sachen Erbschaftsteuer**

Beschreibung:

Mit Urteil vom 28. Februar 2024 hat der Bundesfinanzhof entschieden, dass nach aktueller Rechtslage im Erbschaftssteuerrecht Beherbergungsbetriebe Verwaltungsvermögen sind. Sie gelten also nicht als begünstigtes Betriebsvermögen. Das heißt, bei einer Weitergabe des Betriebes an die nächste Generation fällt in vollem Umfang Erbschaftssteuer an. Es bedarf dringend einer gesetzlichen Klarstellung, um Rechtssicherheit für die deutschlandweit gut 48.000 Beherbergungsbetriebe zu schaffen und diese nicht gegenüber anderen gewerblichen Betrieben bei der Erbschaftssteuer massiv zu benachteiligen.

Betroffenes geltendes Recht:
ErbStG 1974 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2409130005** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.08.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

   Versendet am 07.08.2024 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

2. **SG2602120007** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.01.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

12. **Tierhaltungs- und -herkunftskennzeichnung**

Beschreibung:
Eine Ausweitung der staatlich verpflichtenden Tierhaltungs- und Herkunftskennzeichnung auf die Gastronomie und den Außer-Haus-Markt ist abzulehnen. Der vermeintliche Nutzen steht in keinem Verhältnis zum maßlosen bürokratischen Aufwand. Eine verpflichtende tagesaktuelle Kennzeichnung der Haltungsformen ist nicht nur mit einem hohen zusätzlichen bürokratischen Aufwand verbunden, sondern wirft eine Vielzahl praktischer Umsetzungsprobleme auf.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/14034 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes

Interessenbereiche:
Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504040018** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

13. **Streichung von § 2 Abs. 1 Satz 6 des Gesetzes über den Nachweis der für ein Arbeitsverhältnis geltenden wesentlichen Bedingungen (NachwG)**

Beschreibung:
Der DEHOGA fordert die Streichung von § 2 Abs. 1 Satz 6 NachwG. Danach ist bisher für Branchen des SchwarzArbG kein Nachweis der Arbeitsbedingungen in Textform möglich .

Betroffenes geltendes Recht:
NachwG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507250017** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

14. **Abschaffung des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (LkSG)**

Beschreibung:
Der DEHOGA fordert die Abschaffung des LkSG, das in der jetzigen Form zu hohem bürokratischem Aufwand für die Unternehmen führt.

Betroffenes geltendes Recht:
LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

15. **Nichteinführung des Bundestariftreuegesetzes**

Beschreibung:
Das geplante Tariftreuegesetz sollte aus Sicht des DEHOGA nicht eingeführt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1941 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz)
1. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMAS): Tariftreuegesetz (Vorgang)
Referentenentwurf (BMWE): Tariftreuegesetz (Vorgang)

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

16. **Änderung des § 4 des Entgeltfortzahlungsgesetzes (EntgFG)**

Beschreibung:
Die Lohnfortzahlung sollte im Krankheitsfall begrenzt werden und Zuschläge aus der Fortzahlung herausgenommen werden.

Betroffenes geltendes Recht:
EntgFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

17. **Beibehaltung § 26 Abs. 2 der Verordnung über die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern (BeschV)**

Beschreibung:
Im aktuellen Koalitionsvertrag ist eine Halbierung des Kontingentes geplant (Westbalkanregelung). Dies gilt es aus Sicht des DEHOGA zu vermeiden.

Betroffenes geltendes Recht:
BeschV 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

18. **Änderung des § 5 des Arbeitsschutzgesetzes (ArbSchG)**

Beschreibung:
Der DEHOGA spricht sich für eine Verlängerung der kurzfristigen Beschäftigung auf 90 Tage aus.

Betroffenes geltendes Recht:
ArbSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

19. **Referentenentwurf der Tierseuchenmeldeverordnung (TierSeuchMeldV)**

Beschreibung:
Eine Einbeziehung gastronomischer Betriebe in die Meldepflicht nach § 3 RefE-TierSeuchMeldV ist weder zielführend noch notwendig. Der Verordnungszweck würde dadurch nicht gefördert, wohl aber würden gastronomische Betriebe unverhältnismäßig belastet. Eine gesetzliche Klarstellung oder Ausnahmeregelung für die Gastronomie ist daher geboten.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
RefE TierSeuchMeldV
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
TierGesG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2508010012** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

20. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tiergesundheitsgesetzes**

Beschreibung:
Es wird um Klarstellung gebeten, dass sich die Meldepflicht des § 3 Tiergesundheitsgesetz ausschließlich auf Tiere im Sinne des Art. 4 Nr. 1 VO (EU) 2016/429 („Wirbeltiere und wirbellose Tiere“) bezieht.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tiergesundheitsgesetzes
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
TierGesG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2508010013** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

21. **Referentenentwurf zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)**

Beschreibung:
Aus Sicht gastgewerblicher Betriebe und Unternehmen ist es von besonderer Bedeutung, dass die neuen Regelungen praxisgerecht, rechtssicher und verhältnismäßig ausgestaltet werden (siehe Stellungnahme).

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1855 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJV): Drittes Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
UWG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2508010014** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 25.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

22. **Vorschläge zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Deutschland**

Beschreibung:
Wir sprechen uns gegen eine Mitfinanzierung der Schuldnerberatung durch die Wirtschaft, wie in der Entschließung des Deutschen Bundestages und der Stellungnahme des Bundesrates angedacht, aus.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2774 (Vorgang) [alle RV hierzu]
zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 21/1847, 21/2458, 21/2669 Nr. 15 - Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten für Verbraucher (Schuldnerberatungsdienstegesetz - SchuBerDG)

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 436/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten für Verbraucher (Schuldnerberatungsdienstegesetz - SchuBerDG)
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2601230014** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.01.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

23. **Evaluierung des Verwertungsgesellschaftengesetzes (VGG)**

Beschreibung:
In der Praxis zeigt sich zunehmend, dass Nutzer und Nutzervereinigungen nach wie vor durch die aktuellen Regelungen des VGG nicht ausreichend vor Intransparenz, Rechtsunsicherheit, überlangen Verfahren und überhöhten Vergütungsforderungen geschützt sind. Dies geht auch auf die Tätigkeiten von unabhängigen Verwertungseinrichtungen zurück, die gegenüber Verwertungsgesellschaften und abhängigen Verwertungseinrichtungen schwächer reguliert sind.

Betroffenes geltendes Recht:
VGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Urheberrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603120017** (PDF - 15 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.02.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
   [alle SG dorthin]

24. **Gegen die Einführung einer Zuckersteuer**

Beschreibung:
Der DEHOGA lehnt die Einführung einer Zuckersteuer ab, da sie keinen faktenbasierten gesundheitlichen Nutzen garantiert.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 145/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entschließung des Bundesrates "Gesundheit von Kindern und Jugendlichen schützen: Reduzierung des Zuckergehaltes von Erfrischungsgetränken und Einführung einer gesetzlichen Altersgrenze für den Verkauf von Energy-Drinks"

Interessenbereiche:
Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2604200030** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 16.04.2026 an:

Bundestag
Organe [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
3.020.001 bis 3.030.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. DEHOGA Landesverband Nordrhein-Westfalen
2. DEHOGA Landesverband Baden-Württemberg
3. DEHOGA Landesverband Bayern
4. Initiativkreis Gastgewerbe

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

EA-Rechnung-2025-DEHOGA-Bundesverband-e-V_.pdf